Fragen

für die Fragestunde der 13. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. Februar 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Alt, Renata (FDP)	54	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	71, 72
Andreae, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	67, 68
Bause, Margarete (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 62
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 78	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 73
Brandner, Stephan (AfD)	63, 64	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	57, 58	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 38
Ehrhorn, Thomas (AfD)	5, 6	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Fischer, Axel E. (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU)	14, 66	Lay, Caren (DIE LINKE.)	12, 13
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	52	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 48
Frömming, Götz, Dr. (AfD)	69	Liebich, Stefan (DIE LINKE.)	1
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	59, 60
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 37	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25	Nolte, Jan Ralf (AfD)	65
Gottschalk, Kay (AfD)	74, 75	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 53
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	22, 23	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Hoffmann, Bettina, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47	Remmers, Ingrid (DIE LINKE.)	36, 39
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	55, 56		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Renner, Martina (DIE LINKE.)	51, 70	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9
Schäffler, Frank (FDP)	79, 80	Wagner, Andreas (DIE LINKE.)	26, 27
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	16, 17
Schreiber, Eva-Maria Elisabeth (DIE LINKE.) ...	49	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	76, 77
Springer, René (AfD)	15	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	42, 43

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	15
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	16
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	22

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

1. Abgeordneter
Stefan Liebich
(DIE LINKE.)
Hat die Bundesregierung oder haben die ihr unterstellten Behörden den im März 2017 von der Türkei und der Rheinmetall AG gestellten Antrag zur Genehmigung einer umfassenden Modernisierung der türkischen Leopard-Panzer mittlerweile genehmigt oder abgelehnt?

2. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Inwieweit treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Medienmeldungen vom 13. Februar 2018 (vgl. www.stern.de, <http://bit.ly/2G9iibx> und www.tagesschau.de, <http://bit.ly/2Ha03Ep>) zu, dass am 9. Januar 2018 (drei Tage nach dem Treffen des türkischen mit dem amtierenden deutschen Außenminister, bei dem jener sich für deutsche Nachrüstung türkischer Leopard-Kampfpanzer ausgesprochen hatte) über genau eine solche Lieferung das dafür zuständige türkische Unternehmen BMC durch einen Lobbyisten in Düsseldorf bei der Firma Rheinmetall AG eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen habe, und welche Zusagen zur Genehmigung dieser Vereinbarung hat die Bundesregierung den beteiligten Unternehmen oder der türkischen Regierung zuvor oder seither gegeben?

3. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie sollen nach Ansicht der geschäftsführenden Bundesregierung Firmen, die bereits genehmigte Lieferungen von Rüstungsgütern in direkt am Jemen-Krieg beteiligte Länder planen, nachweisen, dass diese Lieferungen jeweils im Empfängerland verbleiben, wie es der Passus über den „ab sofort“ gültigen Rüstungsexportstopp im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 2018 vorsieht (siehe S. 151)?

4. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Teilt die Bundesregierung Befürchtungen, nach denen es sich bei der geplanten Übernahme von 20 Prozent der Anteile des Netzbetreibers 50Hertz Transmission GmbH durch die State Grid Corporation of China (SGCC) um eine politisch-strategisch motivierte Investition in kritische Infrastruktur handeln könnte (vgl. „Chinas Griff nach

den Netzen“, Handelsblatt, 9. und 15. Februar 2018), und welche Position vertritt die Bundesregierung gegenüber Forderungen, den Schwellenwert, ab dem eine sektorübergreifende Überprüfung von Beteiligungserwerben nach der Außenwirtschaftsverordnung möglich sein soll, zu senken (bitte jeweils begründen)?

5. Abgeordneter
Thomas Ehrhorn
(AfD)
- Welche konkreten rechtlichen Überlegungen haben die Ostbeauftragte Iris Gleicke und das Bundeswirtschaftsministerium dazu veranlasst, für eine Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zum Thema „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland“, die nach eigenen Angaben von Iris Gleicke selbst nach Nacherfüllungsmöglichkeit eine „schlicht nicht hinnehmbare Schlaperei“ darstellt, von der sie sich öffentlich distanziert hat und die für sie „jeden Wert [...] verloren“ hatte, nicht nur die Rückforderung von bereits ausgezahlten Geldern zu unterlassen, sondern auch noch zu einem Zeitpunkt, als die Unbrauchbarkeit der Studie bereits bekannt war, einen bis dahin noch nicht ausgezahlten Betrag hierfür zu zahlen, wie u. a. die Zeitung „DIE WELT“ am 12. Februar 2018 berichtet hat, und wie hoch war der Betrag, der erst nach Bekanntwerden der Mangelhaftigkeit der Studie an das Göttinger Institut für Demokratieforschung bzw. die Georg-August-Universität Göttingen ausgezahlt wurde?
6. Abgeordneter
Thomas Ehrhorn
(AfD)
- Haben das Bundeswirtschaftsministerium und die Ostbeauftragte Iris Gleicke darauf gedrungen bzw. selbst veranlasst, dass die für die Studie verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, die bei der Ostbeauftragten den Irrtum erregten, ihre Studie sei seriös und entspreche wissenschaftlichen Standards, so dass es zu einer Zahlung insoweit kam, obwohl sie tatsächlich durch eine „schlicht nicht hinnehmbare Schlaperei“ (so Iris Gleicke) eine nicht zur Veröffentlichung geeignete Studie erstellt hatten, arbeits- und/oder strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen wurden, und ist das Göttinger Institut für Demokratieforschung für die Zukunft von der Auftragnehmer-/Bieterliste der Bundesregierung gestrichen worden?

7. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung das Vorgehen des Insolvenzverwalters von Air Berlin, trotz erheblicher und offensichtlicher Wettbewerbsprobleme zunächst der Lufthansa AG den Zuschlag für einen Großteil von Air Berlin zuzusprechen, für rechtmäßig, und welche Kartellexperten haben den Insolvenzverwalter nach Kenntnis der Bundesregierung bei seiner Entscheidung unterstützt?
8. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung im Rahmen der eingehenden Prüfung der EU-Kommission zum angemeldeten Zusammenschluss von Bayer AG und Monsanto die EU-Kommission aufgefordert, nichtökonomische Aspekte wie Ernährungssouveränität, Ernährungssicherheit und Artenvielfalt bei ihrer Prüfung zu berücksichtigen, und wenn nein, hat die Bundesregierung überprüft, wie sich die angemeldete Fusion auf die genannten nichtökonomischen Aspekte auswirkt?
9. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Megawatt Windenergie an Land und Photovoltaik (PV) müssen pro Jahr brutto zugebaut werden, wenn das Mengenverhältnis zwischen PV und Windenergie an Land gleich bleibt, wie derzeit im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) angestrebt, und Offshore-Windenergie und Biomasse genau ihre derzeit im EEG angestrebten Ausbauziele erreichen, um 65 Prozent (wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 2018 diskutiert) erneuerbare Energien im Strombereich bis zum Jahr 2030 auf einem linearen Ausbaupfad zu erreichen?
10. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Megawatt Wind an Land und PV müssen pro Jahr brutto zugebaut werden, wenn das Mengenverhältnis zwischen PV und Wind an Land gleich bleibt, wie derzeit im EEG angestrebt, und die Volllaststunden gleich bleiben und Offshore-Wind bis 2030, wie im Bundesrat (Bundesratsdrucksache 27/18) derzeit diskutiert, auf 20 Gigawatt installierte Leistung ausgebaut würde und Biomasse die derzeit im EEG angestrebten Ausbauziele erreicht, um einen Anteil von 65 Prozent erneuerbarer Energien im Strombereich bis zum Jahr 2030 auf einem linearen Ausbaupfad zu erreichen?

11. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung es für denkbar oder wahrscheinlich, dass eine Prüfung wiederkehrender Zahlungen an vom Stromnetzausbau betroffene Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer zu Verzögerungen beim Netzausbau führen könnte, und mit welcher Begründung könnten Stromleitungen hier anders behandelt werden als andere Infrastrukturprojekte wie Straßen oder Schienen?
12. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Wie viele Mittel aus dem Energie- und Klimaschutzfonds, die in Höhe von jährlich 4 Mio. Euro zur Unterstützung des Strukturwandels in den vier Braunkohleregionen bereitgestellt werden, wurden im Jahr 2017 insgesamt beantragt und sind bewilligt worden bzw. abgeflossen (vgl. u. a. www.pnn.de/brandenburg-berlin/1185929/)?
13. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Wie viele Mittel des Fonds, auf den sich der Bund und die Länder Brandenburg und Sachsen im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) für ein Projekt zur Entwicklung neuer Perspektiven für eine länderübergreifende Regionalentwicklung in der Lausitz in Höhe von 7,3 Mio. Euro über eine Laufzeit von vier Jahren verständigt haben, wurden im Jahr 2017 beantragt und sind bewilligt worden bzw. abgeflossen (vgl. Bundestagsdrucksache 18/12334)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

14. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(**Karlsruhe-Land**)
(CDU/CSU)
- Wie viele der in den vergangenen 30 Monaten nach Deutschland zugewanderten Asylbewerber haben nach Kenntnis der Bundesregierung mittlerweile Deutschkenntnisse erworben, die sie zur erfolgreichen Ausübung eines Berufes befähigen würden, und welche Maßnahmen zur Verbesserung der legalen beruflichen Perspektiven der Mitglieder dieser Gruppe von Zuwanderern plant die Bundesregierung zukünftig zu ergreifen?

15. Abgeordneter
René Springer
(AfD)
- Sollte nach Auffassung der geschäftsführenden Bundesregierung das Rentenniveau bis 2025 stabil bei 48 Prozent und mit einer Haltelinie beim Beitragssatz von 20 Prozent bleiben, so wie es im aktuellen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vorgesehen ist, und mit wie viel Mehrkosten rechnet die Bundesregierung insgesamt für die Rentenversicherung bis 2025?
16. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung zur Einkommensverteilung von Familien, nach der das Armutsrisiko in den vergangenen Jahrzehnten systematisch zu niedrig berechnet wurde?
17. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung in Bezug auf die Ergebnisse dieser Studie, wonach familienpolitische Maßnahmen nur geringe Effekte auf die Wohlstandspositionen von Familien mit geringem Einkommen haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

18. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stark ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl von Kühen in Weidehaltung und von Kühen in Stallhaltung in den letzten 15 Jahren auf Bundesebene und in Niedersachsen gestiegen bzw. gesunken (bitte Zahlenangaben ggf. nachreichen)?
19. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, dass der Tierschutz in der Milchviehhaltung durch Beweidung verbessert werden kann, und wäre die Förderung der Weidehaltung nach Meinung der Bundesregierung eine sinnvolle Maßnahme zur Verbesserung des Tierschutzes und für den Erhalt und die Pflege des Grünlandes in benachteiligten Gebieten?

20. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Funde von Mikroplastik in Proben von Mineralwasser (www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/plastik-mineralwasser-muenster-100.html), und von welchen gesundheitlichen Auswirkungen für Menschen geht sie aus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

21. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Woran liegt es, dass in den drei Betrieben der HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH heute weniger Panzer repariert werden können als in den Vorjahren (dpa-Meldung vom 15. Februar 2018, 8:10 Uhr sowie www.welt.de/wirtschaft/article159983013/Bundeswehr-moechte-ihre-Panzerwerkstaetten-loswerden.html), und wie viel Personal wurde in diesen Werken in den letzten beiden Jahren (2016 und 2017) abgebaut?
22. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie viele Aufklärungsflüge von „Tornados“ über Syrien gab es nach der Verlegung der Basis von der Türkei nach Jordanien, und an wen sind die Aufklärungsdaten gegangen (www.zdf.de/nachrichten/heute-sendungen/wieder-aufklaerungsfluege-der-bundeswehr-100.html)?
23. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass Aufklärungsdaten von deutschen „Tornados“ in Syrien von der türkischen Armee für den militärischen Angriff im Norden Syriens verwendet wurden und weiterhin werden, und wenn ja, wie?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

24. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Lösung schlägt die Bundesregierung für die geplanten fünf Modellstädte (Bonn, Essen, Herrenberg, Reutlingen und Mannheim) für einen kostenlosen ÖPNV als Maßnahme zur Luftreinhaltung (www.tagesschau.de/multimedia/video/video-376607.html) vor, um die Kapazitäten des ÖPNV in den Spitzenzeiten so zu erhöhen, dass die erwartete erhöhte Nachfrage gedeckt werden kann, und über welchen Zeitraum (von wann bis wann konkret) sollen sich die Modellversuche erstrecken?
25. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung, ein gut durchdachtes, sozial gerechtes, sicheres und funktionierendes ÖPNV-Konzept für ganz Deutschland vorzulegen, um den Menschen in Deutschland auch in Zukunft bezahlbare und dann auch saubere Mobilität ermöglichen zu können, und wie viel Geld plant die Bundesregierung dafür zu investieren?
26. Abgeordneter
Andreas Wagner
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Ländern und Kommunen gab es vor dem Hintergrund des Briefes der Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks, des Kanzleramtsministers Peter Altmaier und des Bundesverkehrsministers Christian Schmidt an den EU-Umweltkommissar Karmenu Vella vom 11. Februar 2018, in dem es heißt „we are considering public transport free of charge“, Gespräche zum Thema kostenloser öffentlicher Personennahverkehr mit jeweils welchen Ergebnissen?
27. Abgeordneter
Andreas Wagner
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen hinsichtlich der Schaffung der nötigen Rahmenbedingungen für die Erprobung oder Einführung eines kostenlosen ÖPNV (insbesondere bezüglich Rechtsrahmen und Finanzierung) will die Bundesregierung ergreifen?

28. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Pläne bzw. Überlegungen gibt es seitens der Bundesregierung zur bundesweiten Einführung eines kostenlosen öffentlichen Personennahverkehrs, und seit wann gibt es diese Pläne?
29. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung der zu erwartende Rückgang des motorisierten Individualverkehrs und der entsprechende Rückgang der Luftschadstoffe in den fünf ausgewählten Städten, in denen der kostenlose ÖPNV angeboten werden soll?
30. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gespräche innerhalb der Bundesregierung gab es zum Vorschlag der Bundesminister Dr. Barbara Hendricks, Peter Altmaier und Christian Schmidt zu ihrem Brief an den EU-Umweltkommissar Karmenu Vella (bitte nach Datum, Teilnehmerinnen und Teilnehmern und Ergebnis aufschlüsseln), und wann plant die Bundesregierung, diesen Vorschlag umzusetzen (bitte unter Angabe des Zeithorizonts und von Einzelschritten)?
31. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Anträge von Kommunen sind im Rahmen des „Sofortprogramms Saubere Luft 2017 – 2020“ schon im Bundesverkehrsministerium eingegangen (bitte nach Programm und Antragshöhe aufschlüsseln), und wie viele davon wurden schon positiv beschieden und ausbezahlt?
32. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie soll ein möglicher kostenloser Nahverkehr in den fünf Modellkommunen, zu denen u. a. Essen gehört, mit Blick auf den Pendler- und Durchfahrtsverkehr mit den anderen Städten in den jeweiligen Gesamtverkehrsräumen bzw. den Verkehrsverbänden wie zum Beispiel dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) verzahnt werden, und wie lässt sich nach Auffassung der Bundesregierung das Problem lösen, dass Essen und die anderen möglichen Modellkommunen bei Tarifstruktur und Fahrangeboten fest in die Strukturen des jeweiligen Verkehrsverbundes eingebunden sind?

33. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung angesichts der entfallenden Fahrgeldeinnahmen die Finanzierung von ÖPNV-Betriebsleistungen in den fünf Modellstädten, und soll dies auf andere Städte später ausgeweitet werden?
34. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie genau stellt sich die Bundesregierung die konkrete Umsetzung kleinräumiger innerstädtischer Pkw-Fahrverbote in mit Luftschadstoffen hoch belasteten Städten vor?
35. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stehen die Vorschläge der Bundesregierung zur Luftreinhaltung an die EU-Kommission in einem Zusammenhang mit Forderungen an die Automobilindustrie, für die Hardwareausrüstung älterer Dieselfahrzeuge aufzukommen, und sollen die Vorschläge der Bundesregierung an die EU-Kommission den Druck von der Automobilindustrie nehmen (STUTTGARTER ZEITUNG vom 13. Februar 2018)?
36. Abgeordnete
Ingrid Remmers
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen lehnt die Bundesregierung eine für alle Fahrzeuge geltende blaue Plakette weiterhin ab (siehe Bundestagsdrucksache 19/378, Antwort zu Frage 26), die eine Alternative zu den in dem Brief der Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks, des Kanzleramtsministers Peter Altmaier und des Bundesverkehrsministers Christian Schmidt an den EU-Umweltkommissar Karmenu Vella vom 11. Februar 2018 angekündigten Maßnahmen darstellen könnte, rechtliche Vorschriften zu ändern, um spezielle Emissionsgrenzwerte für Busse und Taxis zu ermöglichen oder Umweltzonen für Lkw einzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

37. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund wurden die Städte Essen, Bonn, Mannheim, Reutlingen und Herrenberg für einen möglichen Modellversuch in Betracht gezogen, und inwiefern ist diese Liste erweiterbar?
38. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Nach welchen Kriterien hat die Bundesregierung die Modellstädte Bonn, Essen, Herrenberg, Reutlingen und Mannheim für einen kostenlosen Nahverkehr ausgewählt?
39. Abgeordnete
Ingrid Remmers
(DIE LINKE.)
- Auf Basis welcher Kriterien und nach welchen Gesprächen wurden die fünf Städte Bonn, Essen, Herrenberg, Reutlingen und Mannheim im Brief der Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks, des Kanzleramtsministers Peter Altmaier und des Bundesverkehrsministers Christian Schmidt an den EU-Umweltkommissar Karmenu Vella vom 11. Februar 2018 als „Lead Cities“ benannt und ausgewählt?
40. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten für das Modellprojekt zur Verbesserung der Luft in Städten, und besteht die Möglichkeit, weitere Kommunen und Städte zusätzlich zu den bereits ausgewählten Modellstädten (Bonn, Essen, Herrenberg (Baden-Württemberg), Reutlingen und Mannheim) teilnehmen zu lassen (www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/02/kostenloser-oepnv-gegen-luftverschmutzung.html)?
41. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von wann bis wann soll das Modellprojekt in diesen fünf Städten laufen (bitte einzelne Maßnahmen nach zeitlicher Abfolge aufschlüsseln)?

42. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der jeweilige Bestand an Sozialwohnungen in den Bundesländern im Jahr 2017, und wie hoch war der Bestand an Sozialwohnungen im Land Bayern in den Jahren 2015 und 2016, in Hessen im Jahr 2016, in Niedersachsen im Jahr 2016, in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2016, im Saarland in den Jahren 2014 und 2016, in Sachsen in den Jahren 2014, 2015 und 2016 und in Schleswig-Holstein im Jahr 2016?
43. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung bundesweit in den nächsten fünf, zehn und 20 Jahren mit einer Zunahme oder mit einer Abnahme des bundesweiten Gesamtbestands an Sozialwohnungen zu rechnen, wenn der soziale Wohnungsbau auf heutigem Niveau und langfristig verstetigt wird?
44. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wurden bzw. werden mit Bundesmitteln Initiativen zur Verbesserung der Sicherheit oder Sicherung am ukrainischen Tschernobyl-Komplex sowie an russischen Atomanlagen gefördert, wie zum Beispiel in Sicherheitshinsicht im Zuge des Global Partnership Program G8GP (um möglichst standortspezifische Summen und Differenzierung nach bereits geleisteter bzw. weiterer Verpflichtung wird gebeten)?
45. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der konkreten Ausgestaltung der Beteiligung der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) gGmbH am FALCON-Konsortium (Fostering Alfred Construction) zum Bau des Advanced Lead Fast Reactor European Demonstrator (ALFRED) in Rumänien, und welche finanziellen Bundesmittel sind im Zusammenhang mit ALFRED geflossen (bitte detailliert aufschlüsseln)?

46. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren unternommen, um Mikroplastik in Kosmetika einzuschränken, und welche konkreten Maßnahmen plant sie für die Zukunft?
47. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind, auch vor dem Hintergrund von Studien (Codecheck-Studie zu Mikroplastik in Kosmetika, 2016), wonach nach wie vor jedes dritte untersuchte Gesichtspeeling und mehr als jedes zehnte Körperpeeling Mikroplastik enthält, nach Auffassung der Bundesregierung genügend Fortschritte bei der Reduktion von Mikroplastik erreicht worden, und wenn nein, welche zusätzlichen Maßnahmen strebt die Bundesregierung an?
48. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Studie „Climate-change-driven accelerated sea-level rise detected in the altimeter era“ (www.pnas.org/content/early/2018/02/06/1717312115), dass der Meeresspiegel schneller ansteigt und bis zum Ende dieses Jahrhunderts der Durchschnittspegel an den Küsten um 65 Zentimeter höher liegen könnte als im Jahr 2005, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um zu verhindern, dass der Anstieg des Meeresspiegels sich weiter beschleunigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

49. Abgeordnete
Eva-Maria Elisabeth Schreiber
(DIE LINKE.)
- Welche Untersuchungen liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Erfolge und Misserfolge der Neuen Allianz für Ernährungssicherung (<https://new-alliance.org/>) in den beteiligten afrikanischen Staaten und insbesondere in dem deutschen Partnerland Benin vor, und inwiefern gedenkt die Bundesregierung, dem Schritt Frankreichs zu folgen, dessen Regierung vor kurzem seinen Ausstieg aus der Neuen Allianz für Ernährungssiche-

rung erklärt hat (siehe www.diplomatie.gouv.fr/en/french-foreign-policy/health-education-gender/events/article/development-food-security-09-02-18)?

50. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung dem Beispiel Frankreichs folgen und ebenfalls aus der Neuen Allianz für Ernährungssicherung der G7 aussteigen (www.forumue.de/pm-entwicklungsorganisationen-fordern-bundesregierung-soll-wie-frankreich-aus-der-neuen-allianz-fuer-ernaehrungssicherung-der-g7-staaten-austreten/), und sollten derartige Schritte nicht geplant sein, wie viele Menschen hat die neue Allianz mit ihrem starken Fokus auf Konzerninteressen bisher aus Hunger und Armut befreien können?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

51. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- In welchem Jahr und Monat hatten Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes erstmalig Kontakt mit Carsten Szczepanski alias „Piatto“?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

52. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Welche Folgen für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung aus der vom US-Präsidenten Donald Trump angekündigten Modernisierung der US-Atomwaffen?

53. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Ergebnisse und Schritte sind nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der zweiten Kabuler Friedenskonferenz, die Ende Februar 2018 stattfinden soll, zu erwarten (<https://news.un.org/en/story/2018/01/1000442>)?
54. Abgeordnete
Renata Alt
(FDP)
- Welche konkreten Voraussetzungen müssen Serbien und Montenegro aus Sicht der Bundesregierung erfüllen, damit beide Staaten 2025 der EU beitreten können?
55. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, ob die türkischen Truppen bei ihrem Einmarsch in den Nordwesten Syriens durch islamistische Gruppierungen unterstützt werden, und sieht die Bundesregierung in dem Einmarsch der Türkei eine indirekte Unterstützung des IS bzw. die Gefahr, dass der IS durch den Einmarsch wieder an Boden gewinnt?
56. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Weshalb sieht die Bundesregierung im Gegensatz zur französischen Regierung (www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-frankreich-fordert-nach-tuerkischem-einmarsch-sitzung-des-un-sicherheitsrats-a-1189035.html) davon ab, von der türkischen Regierung nach deren völkerrechtswidrigem Einmarsch in den Nordwesten Syriens einen umfassenden Waffenstillstand sowie den bedingungslosen Zugang für humanitäre Hilfe in die Region zu fordern, und inwieweit wird die Bundesregierung als Sofortmaßnahme für die Flüchtlinge aus Afrin zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, um neues Flüchtlingselend zu vermeiden bzw. zu lindern?
57. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Mit welchen bewaffneten Gruppierungen, z. B. der Freien Syrischen Armee bzw. der Syrischen Nationalen Armee oder sonstigen sogenannter syrischen Oppositionsgruppen, kooperiert die Türkei nach Erkenntnissen der Bundesregierung im Rahmen der derzeitigen Militäroperation im Norden Syriens (bitte Namen der Gruppierungen, Zahl ihrer Kämpfer und politische Orientierung nennen) (Plenarprotokoll 19/10, Antwort zu Frage 20)?

58. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit trifft es nach meiner Kenntnis zu, dass die Bundesregierung mindestens seit April 2016 der Ansicht ist, dass die Verhinderung eines geographisch zusammenhängenden kurdischen (genauer PYD-/YPG-beherrschten) Einflussbereichs südlich der türkisch-syrischen Grenze, im Rahmen eines bei den Nachbarstaaten als „neo-osmanisch“ wahrgenommenen Politikansatzes, Priorität in der aktiven Außenpolitik der türkischen Regierung bzw. des türkischen Präsidenten hat und deshalb öffentlich den Einsatz von Bodentruppen erwogen hat, und inwieweit hat nach Kenntnis der Bundesregierung entsprechend der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern an die Türkei in den letzten Jahren die Achtung der Menschenrechte im Endbestimmungsland sowie den Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in einer Region be- bzw. gefördert?
59. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Welche im Zuge der türkischen Militärintervention in Nordsyrien von wem begangenen Menschenrechtsverletzungen sind der Bundesregierung bekannt?
60. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Welche aus Deutschland gelieferten Waffen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der türkischen Militärintervention in Nordsyrien von wem eingesetzt (bitte nach Art und Anzahl der Waffen aufschlüsseln)?
61. Abgeordnete
Margarete Bause
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, insbesondere vor dem Hintergrund der Inhaftierung des Bürgerrechtsanwalts Yu Wensheng, um den im vergangenen Jahr von den chinesischen Behörden einseitig ausgesetzten Menschenrechtsdialog zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China wieder in Gang zu bringen, und erachtet die Bundesregierung diesen Dialog angesichts der von ihr selbst beklagten Zunahme von Übergriffen gegen chinesische Menschenrechtsaktivisten (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 33, Plenarprotokoll 19/10) überhaupt noch als ernst zu nehmendes Instrument der Einflussnahme gegenüber der Regierung in China?

62. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position nimmt die Bundesregierung gegenüber dem Vorschlag der Europäischen Kommission ein, die außerpolitischen Instrumente für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (2021 – 2027) zusammenzulegen (vgl. https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-new-modern-multiannual-financial-framework_on.pdf), und inwiefern befürwortet sie demgegenüber ein gesondertes Entwicklungsinstrument als die beste Option für eine bedeutsame Entwicklungspolitik im Interesse der Entwicklungsländer?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

63. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Auf welche Höhe belaufen sich seit dem Jahr 2000 jährlich die Gesamtkosten des Bundes für die Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs entstehen (Amtsbezüge, Beihilfe-, Reise- und Umzugskosten, Hinterbliebenenversorgung, Dienstaufwandsentschädigung, Tagegelder, Mitarbeiterkosten, Fahrtkosten, Übergangsgeld und Ruhebezüge)?
64. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie viele Anrufe gingen seit Gründung der Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2012 pro Quartal bei dieser ein, und was waren die wesentlichen Inhalte?
65. Abgeordneter
Jan Ralf Nolte
(AfD)
- Wie viele Asylsuchende reisten seit dem 1. Januar 2015 auf direktem Wege von einem Drittland oder Herkunftsland kommend über den Luft- oder Seeweg nach Deutschland ein, und für wie viele Asylsuchende hätte demnach die Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit gehabt, ein Rückübernahmegesuch, entsprechend der Dublin-III-Verordnung der Europäischen Union, an die jeweiligen Erstaufnahmeländer zu stellen (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?

66. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(**Karlsruhe-Land**)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in den vergangenen 30 Monaten zur Integration von nach Deutschland zugewanderten Asylbewerbern auf den Weg gebracht, und wie viele der in den letzten 30 Monaten Zugewanderten haben sich an diesen Maßnahmen beteiligt?
67. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Zahlen sind der Bundesregierung bekannt zur Überprüfung der Aussage, dass die „durchschnittlichen Zuwanderungszahlen“ vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten 20 Jahre in einer Spanne von jährlich 180 000 bis 220 000 liegen (siehe Koalitionsvertrag 2018 zwischen CDU, CSU und SPD, Kapitel VIII; bitte nachvollziehbar im Einzelnen darlegen und kenntlich machen, welche Migrationsbewegungen dabei beachtet werden und welche nicht, beispielhaft: Asylsuche, Aufnahmeprogramme, regulärer Familiennachzug, Nachzug zu Geflüchteten usw.), und wie ist der rechnerische Abzug von „Rückführungen und freiwilligen Ausreisen“ (ebd.) überhaupt möglich vor dem Hintergrund, dass es nach Angaben der Bundesregierung keine validen Angaben oder Einschätzungen zur tatsächlichen Zahl der freiwilligen Ausreisen gibt (vgl. Bundestagsdrucksache 18/5662, Antwort zu Frage 29) bitte darlegen?
68. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Über welche Informationen verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der am 1. Februar 2018 aufgenommenen neuen Frontex-Operation (www.frontex.europa.eu; bitte insbesondere Angaben zu bei der Bundesregierung vorhandenen Unterlagen, zum Operationsgebiet, zum Umfang und zur Zusammensetzung sowie zur Kenntnis eines Abkommens zwischen Frontex und der italienischen Regierung machen), und inwiefern trifft nach Kenntnis der Bundesregierung die Angabe des italienischen Innenministeriums zu, derzufolge im Rahmen der Mission nun vorgesehen sei, aus Seenot gerettete Flüchtlinge zum „nächsten Hafen“ und nicht zwingend in einen italienischen Hafen zu bringen (www.interno.gov.it/it/notizie/themis-nuova-operazione-navale-frontex)?

69. Abgeordneter
Dr. Götz Frömming
(AfD)
- Gab es eine mündliche Ministeranordnung zur Öffnung der deutschen Grenzen vom 4. September 2015, und wie ist der Wortlaut?
70. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- In welchem Jahr und Monat hatten Mitarbeiter des Bundesamts für Verfassungsschutz erstmalig Kontakt mit Carsten Szczepanski alias „Piatto“?
71. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen sind derzeit mit „ermittlungsunterstützenden Hinweisen“ (EHW) beim Bundeskriminalamt gespeichert (bitte für jeden EHW gesondert ausweisen), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Tätigkeitsbericht zum Datenschutz für die Jahre 2015 und 2016 der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), in dem diese den EHW einen „stärker stigmatisierenden Charakter“ als den bereits vorhandenen „personeungebundenen Hinweisen“ (PHW) attestiert, da in den EHW Personen „nur wegen eines Verdachts gespeichert sind“ und laut der BfDI auch keine besonderen Fristen zur Prüfung der Einträge vorgesehen sind?
72. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie viele Verhaftungen oder sonstige Erfolge waren im zweiten Halbjahr 2016 und im zweiten Halbjahr 2017 auf die Arbeit der Counter Terrorism Group (CTG) zurückzuführen, wozu der BfV-Präsident Dr. Hans-Georg Maaßen auf der Verkaufsmesse 21. Europäischer Polizeikongress lediglich die Zahlen zum ersten Halbjahr 2017 genannt hatte („mindestens 13 Verhaftungen“, siehe <http://gleft.de/26I>), und auf welche Weise sollten die Mitgliedstaaten der CTG, die laut Dr. Hans-Georg Maaßen sehr erfolgreich arbeitet, die Zusammenarbeit in der „operativen Plattform“ in Den Haag „weiter ausbauen“?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

73. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung ihre Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Bundestagsdrucksache 18/9994 vom 17. Oktober 2016, Antwort zu Frage 7), dass die über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) versendeten Nachrichten Ende-zu-Ende verschlüsselt werden, in Anbetracht neuer Veröffentlichungen (<http://online.ruw.de/suche/kur/Das-doppelte-Versagen-der-BRAK-beim-beA-3d2fde9f34a377c5cf32ccadeeae47ff>), die dem explizit widersprechen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Finanzen**

74. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung im Zusammenhang mit den Kursturbulenzen der Kunstwährung Bitcoin, die im Jahr 2017 einen Wertzuwachs von 1 800 Prozent (siehe Finanztest 02/2018, S. 46 ff.) erzielte, die Gefahr von Parallelwährungen, und wie will sie verhindern, dass diese Parallelwährungen von Unternehmen in Deutschland als Zahlungsmittel akzeptiert werden?
75. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, dass durch diese Spekulationen in Kunstwährungen wie etwa Bitcoin und Ripple/XRP neue Verwerfungen auf den Kapitalmärkten entstehen könnten, die das deutsche Banken- und Finanzsystem bedrohen?
76. Abgeordneter
**Klaus-Peter
Willsch**
(CDU/CSU)
- Welche Mitgliedstaaten der Wirtschafts- und Währungsunion haben nach Kenntnis der Bundesregierung ihren Schuldenstand seit Inkrafttreten des Fiskalvertrags am 1. Januar 2013 gemäß Artikel 4 um jährlich ein Zwanzigstel reduziert?

77. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Nach welchen Kriterien wählt die Europäische Zentralbank nach Kenntnis der Bundesregierung die betroffenen Unternehmen aus, deren Anleihen sie im Rahmen ihres aktuellen Anleihekaufprogramms kauft?
78. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Vorschläge der Bundesbauministerin, dass „Kommunen für baureife, aber unbebaute Grundstücke erheblich mehr Grundsteuer verlangen dürfen als für bebaute Grundstücke“ (www.t-online.de/finanzen/boerse/news/id_83080806/wirtschaft-hendricks-will-grundsteuer-reform-als-spekulanten-bremse.html) sowie – auch durch Deutschen Mieterbund und Naturschutzbund angeregt – die Grundsteuer zukünftig auf eine rein am Bodenwert orientierte Steuer umzustellen, und wie wird die Bundesregierung bei der – vom Bundesverfassungsgericht nach dessen Verhandlung am 16. Januar 2018 möglicherweise noch dieses Jahr auferlegten – Reform der Grundsteuer gewährleisten, dass deren drohende Erhöhung für Wohngrundstücke gerade in Ballungsgebieten vermieden wird, damit dadurch nicht andernfalls viele Mieter verdrängt werden?
79. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Rechnet die Bundesregierung mit einem weiteren Hilfsprogramm für Griechenland nach dem Auslaufen des dritten Hilfspakets am 20. August 2018?
80. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Refinanzierungsfähigkeit Griechenlands?